

## Gesundheit und Pflege

Wie unser Gesundheitssystem für  
Geschäftemacherei benutzt wird

Seite 2/3 und 6/7



Nach einem viel zu langen Winter kommt endlich die Sonne heraus. Für soziale Kälte im Land sorgen die selbst ernannten „Reformpartner“, die der steirischen Bevölkerung mit Gebühren, Abgaben und dem Regress das Geld aus der Tasche ziehen.



Der Weizer KPÖ-Gemeinderat  
Wolfgang Feigl sorgt als Obmann  
des Prüfungsausschusses für  
Kontrolle in der Stadt.



**WEG MIT DEM  
REGRESS**

Unterschreiben Sie bitte! Seite 7

**KLEIN, aber MIT BISS**



Die Spareinlagen sind sicher – in Gefahr.

**ZITIERT**

„Die EU ist ganz offensichtlich bisher kein lernfähiges System. Hier wird nichts aufgeklärt, niemand wird zur Rechenschaft gezogen. Die Verantwortung für folgenreiche Fehlentscheidungen verliert sich irgendwo zwischen den vielen Hauptstädten und den Korridoren in Brüssel. Solange sich das nicht ändert, sollte man sich nicht wundern über den schlechten Ruf, den diese europäische Unternehmung bei den Bürgern genießt.“ *Clemens Wergin, Die Welt, 2.4. 2013*

„Überall dort, wo künftig die Heuschrecken der Troika auftauchen, werden die Menschen die Banken stürmen, um ihr Ersparnis in Sicherheit zu bringen.“ *Sahra Wagenknecht, Die Linke, 30.3. 2013*

**INHALT**

Gemeindefusionen lösen keine Probleme	4/5
Sozial-Richtsätze 2013	5
Weg mit dem Regress!	6
Petition – Unterschriftenliste	7
Mitbestimmung für Schulpartner?	8
Das Recht auf ein würdiges Begräbnis	9
Aus den Bezirken: Regionalberichterstattung	11-14
Hundesteuer zu hoch	15
Zweckentfremdete Wohnbauförderungsmittel	16/17
Sommer im Kinderland	18/19
Sparbuchdiebe am Werk	20
Anzeigen, Impressum	22
Tierecke	23

# Neuer Beraterskandal mit

## Vermischung von öffentlichen und privaten Interessen – „Wenn Landerätin Edlinger-Ploder nicht in der Lage ist, KAGes

Bei der Therme Bad Gleichenberg wurden vom Land Steiermark 13,6 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln in den Sand gesetzt. Diese Summe ist nur die Spitze eines Eisbergs. Der „Gesundheitsökonom“ Christian Köck, der im Zentrum eines privaten Firmengeflechts steht, spielt in dieser Causa eine entscheidende Rolle.

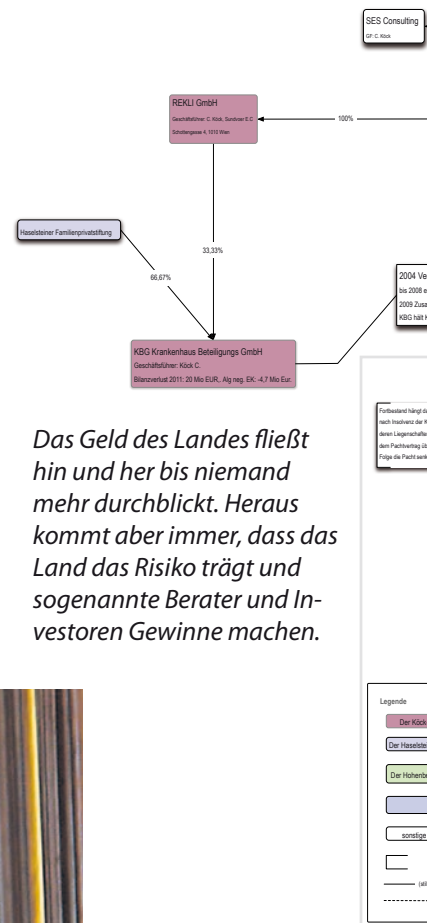
Abg. Werner Murgg (KPÖ) durchleuchtete das komplizierte Firmengeflecht und wies auf die Vermischung von öffentlichen und privaten Interessen im steirischen Gesundheitssystem hin. „Es ist skandalös, dass das Land im Gesundheitssystem Berater beschäftigt, die gleichzeitig private Interessen in diesem Bereich verfolgen. Die öffentliche Hand zahlt, Private machen ein gutes Geschäft: Diese Methode hat im Land System“, so Murgg.

Bund und Land haben durch Verträge und Geschäfte mit diesen Privatpersonen und Firmen

einen hohen finanziellen Schaden erlitten. In Bad Gleichenberg etwa 13,6 Mio. Euro (8,7 Mio. Fördermittel plus 4,9 Mio. Euro stille Beteiligung). Die Dimension übersteigt jene der „Causa Herberstein“ bei weitem.

Ebner und Hohenauer sind Autoren des Regionalen Strukturplanes Gesundheit (RSG) für die Steiermark und mehrere andere Bundesländer. Köck hatte zu diesem Unternehmen ein Naheverhältnis, als die Beschlüsse zu Bad Gleichenberg vom Landtag gefasst wurden. Damals – die KPÖ war noch nicht im Landtag

vertreten – stimmen alle Parteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ, GRÜNE) diesem Geschäft zu. Unter dem damaligen Gesundheitslandesrat Erlitz (SPÖ) sollte auch die KAGes-Verwaltung privatisiert



Das Geld des Landes fließt hin und her bis niemand mehr durchblickt. Heraus kommt aber immer, dass das Land das Risiko trägt und sogenannte Berater und Investoren Gewinne machen.

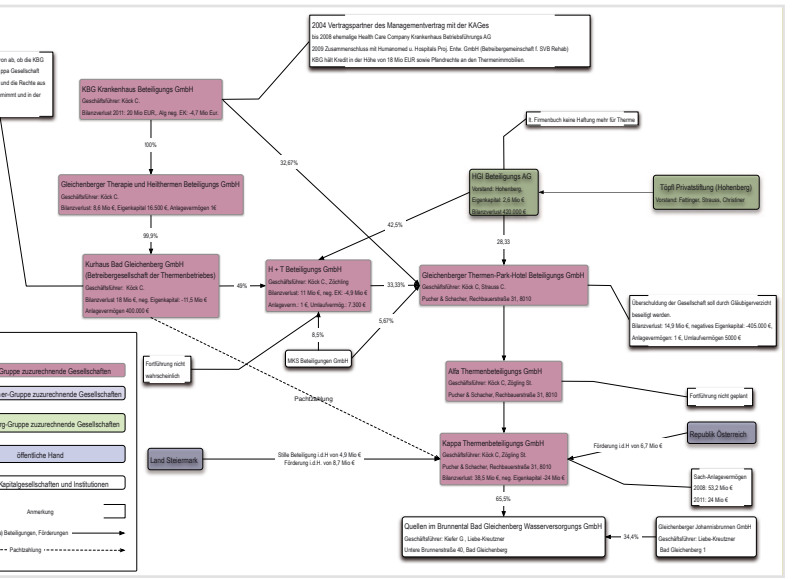
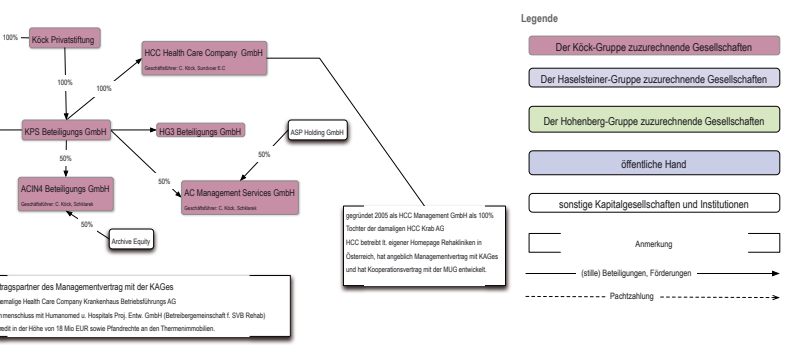


KPÖ-Kontrollausschussvorsitzender Werner Murgg deckte auf, dass es oft nicht ums „Sparen“ geht, sondern um Privatisierungen im Gesundheitswesen. Er präsentierte dem Landtag das dubiose Firmengeflecht rund um die in finanziellen Schwierigkeiten steckende Therme Bad Gleichenberg.

# Millionenschaden

## KPÖ-LAbg. Murgg: zu managen, soll sie zurücktreten!“

werden. Christian Köck gibt laut Angaben auf seiner Webseite wesentliche Eckpfeiler der steirischen Gesundheitspolitik vor. Öffentliche Einrichtungen sollen auf Anregung dieser Berater zugesperrt oder privat betrieben werden. So können Einrichtungen günstig erworben bzw. als Konkurrenz aus dem Weg geräumt werden. Und die „Reformpartner“ spielen mit.



### MEINUNG

## Keine Geschäfte mit der Gesundheit!



Schon unter Landeshauptfrau Klasnic wollte die Landesregierung die Teilprivatisierung der steirischen Spitäler einleiten. Das Leitungs der KAGes wäre fast in die Hände von externen „Managern“ gelegt worden. Das Vorhaben konnte damals aufgrund des heftigen Widerstandes gestoppt werden.

gelangt, fällt ins Auge, dass hier ein Interessenskonflikt vorliegt. Der Verdacht liegt nahe, dass sich diese „Gesundheitsökonom“ selbst die profitablen Teile des Gesundheitssystems unter den Nagel reißen wollen. Damit kann man gut verdienen – und das öffentliche System wird dadurch tatsächlich unfinanzierbar, weil ihm nur jene Bereiche bleiben, mit denen man nichts verdienen kann. Die Profite werden an Private „ausgliedert“, die Verluste bleiben der Allgemeinheit – so wie bei den meisten Privatisierungen. Die KPÖ hat sich deshalb im Landtag wiederholt dafür eingesetzt, mit dem Beraterwesen Schluss zu machen. SPÖ und ÖVP wollen davon nichts wissen. Mit der Gesundheit der Bevölkerung darf es keine Geschäftemacherei geben. Die Daseinsvorsorge – Wasser, Gesundheit, Bildung, Pensionen etc. – darf nicht den Spekulanten und Glücksrittern überlassen werden!

Doch die Pläne werden hinter verschlossenen Türen weiter verfolgt. Über Beratungs- und Managementverträge verdienen externe Berater viel Geld und geben der KAGes dafür vermeintlich „gute Ratschläge“. Diese Expertinnen und Experten wiederholen gebetsmühlenartig immer die gleichen Formeln: Wir haben zu viele Spitalsbetten, zu viele Spitäler, das System sei unfinanzierbar. Seltsam dabei ist, dass dieselben Personen, die das Land beraten, selbst Kliniken, Spitäler und andere Gesundheitseinrichtungen betreiben – und das in nicht geringer Zahl. Abgesehen davon, dass zu befürchten ist, dass das Know-how der KAGes hier ohne Gegenleistung an private Firmen

Claudia Klimt-Weithaler  
Tel. 0316 / 877 5104  
ltk-kpoe@stmk.gov.at

Landesrätin Ploder musste die Privatisierung des LKH Graz West abblasen. Einen wichtigen Beitrag leisteten dazu die Betriebsräte des LKH West. Betriebsrat Karl Heinz Dieber: „Unser Kampf hat sich gelohnt, und für die 604 Mitarbeiter des LKH Graz West ist das der schönste Augenblick im Jahr 2013.“



BERICHTE AUS  
DEM LANDTAG  
STEIERMARK



**KPÖ fordert Abschaffung des Dritten Landtagspräsidenten**

Der bisherige erste Landtagspräsident Manfred Wegscheider (SPÖ) wurde wieder Kapfenberger Bürgermeister – dafür musste die amtierende Bürgermeisterin zurücktreten werden – und schied aus dem Landtag aus. Als neuer Erster Präsident wurde Franz Majcen (ÖVP) einstimmig gewählt. Gegen die Wahl des neuen Dritten Präsidenten, Werner Breithuber (SPÖ), stimmte die KPÖ. Sie trat in einem eigenen Antrag für die Abschaffung des Dritten Landtagspräsidenten ein. Die Streichung dieses Postens würde viel Geld sparen. Schließlich stehen auch dem Dritten Präsidenten ein Dienstwagen und ein Büro zur Verfügung. Der Antrag wurde von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.



**Schulschließungen**

KPÖ und Grüne lehnten den regionalen Bildungsplan für die Steiermark ab. Die KPÖ stößt sich an der Schließung vieler steirischer Schulen. Dadurch werde, so Klimt-Weithaler, die ländliche Infrastruktur weiter geschwächt. Klimt-Weithaler an den neuen Landesrat Schickhofer (SPÖ): „Stimmt es, daß weitere 20 Schulen geschlossen werden sollen?“ Schickhofer wollte das nicht ausschließen.

Die KPÖ fordert darüber hinaus ein Bekenntnis des Landes zur verpflichtenden Einrichtung von Betriebskindergärten.

Bezirks- und Gemeindefusionen: Tausende Arbeitsplätze vernichtet

**Ungelöste Probleme**

Werner Murgg (KPÖ): „Aus drei Toten macht man keinen Lebenden.“

Die Einpeitscher der Gemeindefusionen gehen bei der Bevölkerung damit hausieren, nach erfolgten Fusionen würden die Ertragsanteile, die die Gemeinden vom Bund bekommen, viel üppiger fließen. Auch in Trofaiach, das als „Musterstadt“ am 1. Jänner 2013 mit Gai und Hafning fusionierte, um auf über 10.000 Einwohner zu kommen, wurde vor der Volksbefragung damit Propaganda gemacht. Die Wahrheit ist wie immer komplizierter.

Ein lesenswerter Artikel der Zeitung „Kommunal“, das offizielle Organ des Gemeindebundes, beleuchtet, worum es bei den Gemeindefusionen wirklich geht. Den Befürwortern geht es in erster Linie um Einsparungen. Auch Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) spricht immer wieder von ca. 45 Millionen Euro Einsparungsmöglichkeit pro Jahr. Der Präsident der oberösterreichischen Industriellenvereinigung will österreichweit gleich 300 Millionen Euro einsparen und stellt die Steiermark als Vorbild hin. Die zweifellos, wenn auch bei weitem nicht in dieser Höhe, zu erwartenden Einsparungsmöglichkeiten ergeben sich in erster Linie durch ein Zurückfahren der kommunalen Infrastruktur: Schließen, Verkaufen, Reduzieren etc. Da geht es um

Gemeindeämter, Schulen, Abfallwirtschaftszentren, Freizeit- und Kultureinrichtungen...

Im von SPÖ und ÖVP propagierten Papier „Gemeindefusionen Steiermark - Leitbild“ wird Klartext gesprochen: Aus der Verwertung nicht mehr erforderlicher Liegenschaften sollen Einnahmen erzielt werden. Bleiben wir beim Beispiel Trofaiach. Die Volksschule im Hafninger Laintal wurde bereits geschlossen, in der Zwischenzeit ist das Gebäude bereits abgetragen. Der neue Bildungslandesrat Michael Schickhofer (SPÖ) hat in einem Zeitungsinterview klar gemacht wohin die Reise geht. „Wenn wir jetzt nur noch 285 Gemeinden haben, dann kann das auch Auswirkungen auf die Kindergarten- und Schulstandorte haben,“ wird der Landesrat zitiert.

**Höhere Ertragsanteile?**

Ein Hauptargument der Befürworter sind die angeblich zu erwartenden Mehreinnahmen der Gemeinde durch höhere Ertragsanteile auf Grund der gestiegenen Einwohnerzahlen. Das stimmt zwar auf den ersten Blick. Beim genaueren Hinsehen relativiert sich dieses Argument. Bekommen die fusionierten steirischen Gemeinden mehr Geld aus dem Finanzausgleich, geht das auf Kosten der anderen Bundesländer. Der Topf wird insgesamt nicht größer. Die anderen Bundesländer werden sich das natürlich nicht gefallen lassen. Auch darauf weist die Zeitung „Kommunal“ hin.

Noch etwas muss erwähnt werden. Höhere Einnahmen aus dem Finanzausgleich erhöhen die Finanzkraft der jeweiligen Gemeinde. Das bedeutet aber höhere Beitragszahlungen für diverse Umlagen. Hier ist in erster Linie die Sozialhilfeverbandsumlage betroffen. Das heißt: eine Gemeinde, die mit einer Hand Mehreinnahmen durch höhere Ertragsanteile auf Grund einer höheren Einwohnerzahl lukriert, muss mit der anderen Hand einen Teil der Mehreinnahmen sofort wieder durch höhere Zahlungen in den Sozialhilfeverband ausgeben.

Ein ähnliches Bild bietet sich bei den Bedarfszuweisungen. Auch diese werden zu einem Teil nach der Finanzkraft der Gemeinden berechnet. Höhere Ertragsanteile bedeuten weniger Bedarfszuweisungen. Noch etwas: der derzeitige Finanzausgleich läuft 2015 aus. Wie man hört, wird der abgestufte Bevölkerungsschlüssel dann ohnehin fallen. Es ist dann vollkommen



© Jürgen Priewe / Fotolia.com

*Statt 17 nur mehr 13 Bezirke, hunderte Gemeinden werden eingespart. Die Probleme der Gemeinden bleiben ungelöst, fix ist nur, dass tausende Arbeitsplätze verlorengehen und die ländliche Lebensqualität wegen der Ausdünnung der Infrastruktur sinkt.*



© Bettina Sampl / Fotolia.com

In der Region Schladming gab es einen Nächtigungsrückgang von 11,3 Prozent und einen Rückgang bei der Gästezahl von 5,9 Prozent gegenüber dem Jahr vor der WM. Katzenjammer auch in Schladming selber: Zur Finanzierung des Prestige-Projekts mussten von der Gemeinde riesige Schulden aufgenommen werden.

egal, ob eine Gemeinde 7.000 oder 11.000 Einwohner haben wird. Auf die Höhe der pro Kopf ausgeschütteten Ertragsanteile wird das keine Auswirkungen mehr haben.

### Sparen am Rücken der Bevölkerung

Immer wieder hört man das Argument: bei diesen oder jenen Gemeinden kann eine Fusion sinnvoll sein. Man dür-

fe nicht alles über einen Kamm scheren. Darum geht es nicht. Die in der Steiermark von den sogenannten „Reformpartnern“ ÖVP und SPÖ vom Zaun gebrochene Gemeindestrukturreform fügt

sich in die einem bedingungslosen Spardiktat untergeordneten Gegenreformen ein, die allesamt Verschlechterungen für

**„Die Zusammenlegung kleiner Gemeinden löst keines der Probleme der Gemeinden. Aus drei Toten macht man noch keinen Lebenden. Außerdem stehen viele kleine Gemeinden relativ gut da, während einige Große krachen.“**

**Labg. Werner Murgg**

die Bevölkerung bringen. Egal ob sogenannte „Spitalsreform“, „Schulreform“, „Wohnbeihilfenreform“ oder „Pflegerreform“, immer geht es um Sparen und Zusperrern, um Leistungskürzungen. Nach dem Kahlschlag

der Bundesregierung, der den Gemeinden Buslinien, Postämter und Bezirksgerichte gekostet hat, kommt nun das Land und sperrt Schulen, Spitäler und Gemeindeämter zu.

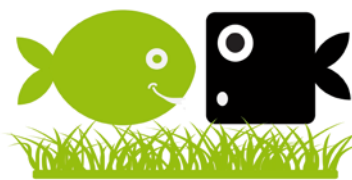
Labg.  
Werner Murgg  
ist Vorsitzender des  
Kontrollausschusses im  
Landtag



## Gemeindeinitiative: Bürgermeister gegen Zwangsfusionen

KPÖ-LAbg. Werner Murgg kritisierte den Umgang von SPÖ und ÖVP mit der steirischen Gemeindeinitiative, die sich gegen die drohenden Gemeindefusionen querlegt. 140 Gemeinden haben sich der Initiative angeschlossen. Ihnen geht es in erster Linie darum, Zwangsfusionen zu verhindern, doch LH-Stellvertreter Schützenhöfer hat im Landtag mehrmals erklärt: „Ohne Zwang wird es nicht gehen“.

LAbg. Werner Murgg: „SPÖ und ÖVP fügen dem ländlichen Raum irreparablen Schaden zu und verweigern konsequent das Gespräch mit den demokratisch gewählten Bürgermeistern. Die einzige Antwort, die die Landesparteien verstehen, wäre eine Kandidatur der betroffenen Bürgermeister bei der nächsten Wahl bei der Wahl mit einer Namensliste - oder auch auf einer Liste der KPÖ.“



Widerstand regt sich: z.B. die Homepage der Fusionsgegner aus der Stanz

### Pensionen – Ausgleichszulage

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende:

..... € 837,63  
für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften: ..... € 1.255,89  
Erhöhung pro Kind: ..... € 129,24  
(jeweils minus 5,1% für die Krankenversicherung)

### Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen: ..... € 794,91  
Volljährige im gemeinsamen Haushalt (z.B. Ehegatten): ..... € 596,19

ab 3. volljährige Person: € 397,46  
1. bis 4. Kind: ..... € 151,03  
ab dem 5. Kind: ..... € 182,83

### Rezeptgebührenbefreiung

Bemessungsgrundlage (netto) orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (siehe oben)  
Rezeptgebühr 2013: € 5,30/Medikament

### Geringfügigkeitsgrenze:

€ 386,80/Monat

### Obergrenze für Rundfunk-Telefongebührenbefreiung/

Telefonentgeltzuschuss (netto):

1 Person: ..... € 938,15

2 Personen: ..... € 1.406,60

3 Personen: ..... € 1.551,35

### Familienbeihilfe

Zwischen 163,80 bei einem Kind unter 3 Jahren und 261,1 bei 4 Kindern über 19; im September zusätzlich € 100,- für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; Erhöhung um Geschwisterstaffel ab zwei Kindern; für erheblich behinderte Kinder kann die erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden.

### Pflegelohn (seit 2011 gleich):

Stufe 1: ..... 154,20

Stufe 2: ..... 284,30

Stufe 3: ..... 442,90

Stufe 4: ..... 664,30

Stufe 5: ..... 902,30

Stufe 6: ..... 1.260,00

Stufe 7: ..... 1.655,80

DSA Karin  
Gruber  
Herrengasse  
16,  
8010 Graz  
Tel. 0316/  
877 - 5101,  
E-Mail:



karin.gruber@stmk.gv.at

WANN WIRD DAS REGRESS-UNRECHT ENDLICH ABGESCHAFFT?

# Abkassieren bei Verwandten

Pflegebedürftige werden durch ein horrend teures Pflegesystem systematisch enteignet. Nur noch in der Steiermark werden Angehörige von pflegebedürftigen Menschen zur Kasse gebeten. Die steirische KPÖ startet nun eine Unterschriftenaktion, damit dieses Unrecht endlich beendet wird.

## Beispiel 1

**Herr F.** ist 59. Zusammen mit seiner Frau hat er einen Kredit aufgenommen, um damit ein Haus zu finanzieren. 120.000 Euro sind noch offen. Nun musste die Mutter von Herrn F. in ein Pflegeheim. Dafür muss er 174 Euro im Monat Regress bezahlen.

Da auch seine Frau nach einer schweren Erkrankung in Invaliditätspension ist, bleiben beiden zusammen im Monat kaum 800 Euro zum Leben. Wenn Herr F. für seine Mutter nicht zahlt, kommt der Exekutor. Zahlt er seinen Schulden nicht, verliert die Familie ihr Haus.

## Beispiel 2

**Vor fünf Jahren** entschloss sich Herr U., in der Nähe von Graz ein Haus zu bauen. Dafür musste er einen Kredit aufnehmen. Alles lief gut, bis sich drei Jahre später seine Lebensgefährtin von ihm

trennte. Die Schulden alleine zu tragen, war zwar nicht einfach, aber mit vielen Überstunden zu bewältigen.

Der Vater von Herrn U. wurde wenig später schwer krank und ein Pflegefall (Pflegestufe 7), er musste in ein Pflegeheim. Während Herr U. Tag und Nacht arbeitete, um seine Schulden

bezahlen zu können, bekam er vom Sozialamt einen Bescheid: Er müsse 205 Euro im Monat Regress bezahlen, außerdem seien 2000 Euro als Nachzahlung fällig. Um auf diesen hohen Betrag zu kommen, wurden sogar Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Überstunden und seine Pendlerbeihilfe einberechnet.



© Gina Sanders - Fotolia.com

Pflegebedürftigkeit darf für die Landesregierung keine Lizenz zum Abkassieren bei den Angehörigen mehr sein! Unterstützen Sie unsere Unterschriftenaktion! (Seite 7).

## ZITIERT

„Ältere Menschen zur Verzweiflung zu bringen, indem man ihnen das Gefühl gibt, ihren Kindern auf der Tasche zu liegen, ist das Schlimmste, das man ihnen antun kann.“ Peter Kaiser, Landeshauptmann von Kärnten

## REGRESS IN DER STEIERMARK

Die Praxis, soziale Hilfs- bzw. Pflegegelder bei den Angehörigen der Empfänger „zurückzuholen“, wurde seit dem vorigen Jahrhundert in der Steiermark – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – ausgeübt. Knapp vor der letzten Landtagswahl 2010 wurde

er abgeschafft um gleich nach der Wahl als „Sparmaßnahme“ fröhliche Urständ zu feiern. Namhafte Rechtswissenschaftler bezweifeln die Rechtmäßigkeit der Vorgangsweise des Landes und kämpfen darum, dass abkassierte Personen das Geld zurückbekommen.

Für Pflege und Gesundheit ist angeblich kein Geld da. Alleine in dieser Periode wurde aber ein zweistelliger Millionenbetrag für Beratungsfirmen und Consultant ausgegeben. Finanziert wird das mit der Schließung von Spitälern und dem Regress.



## PFLEGEFONDS

Acht Bundesländer kommen ohne den Regress aus. Nur noch die Steiermark kassiert bei der Bevölkerung ab, verzichtet dafür aber großzügig auf mehrere Millionen Euro aus dem Pflegefonds des Bundes. Darauf wird in steirischen Sozialhilfeverbänden hingewiesen. Der Fonds wurde eingerichtet, damit die Länder die Pflegekosten nicht auf die Betroffenen abwälzen, die Verantwortlichen des Landes lassen dieses Geld einfach liegen.

## Herr U. schreibt:

Einige Mails an die FPÖ sowie direkt an die Landesrätin Fr. Edlinger-Ploder blieben unbeantwortet. Doch es gibt für mich einen weiblichen Robin Hood in Graz (KPÖ). Diese lud mich als einzige zu einem Gespräch in ihre Kanzlei und gab mir Tipps die sehr hilfreich waren. Ich spreche von Frau Kahr! Das ist bürgernah!

Ich ziehe in Erwägung meinen Vater nachhause zu nehmen und ihn bei mir zu pflegen (Stufe 7) da ich mir den Regress nicht leisten kann ohne das Haus zu verlieren. Danke ÖVP und SPÖ – es war ein Wahlversprechen, das ihr gebrochen habt. Alle anderen Bundesländer haben den Regress nicht mehr und Herr Kaiser schafft ihn in Kärnten jetzt auch wieder ab. Nur die Steiermark, die hat ihn!

**Gesundheit ist keine Ware!**

Gedanken zur Gesundheitspolitik in der Steiermark

**KPÖ**  
www.kpoe-steiermark.at

Landesregierung der Steiermark  
Landtagsklub  
Landtagsklub, 8010 Graz, Tel. 0316 877 5102

Forderungen der KPÖ zur Pflege, Position der KPÖ zur Gesundheitspolitik: Broschüren, kostenlos anzufordern beim  
KPÖ-Landtagsklub,  
Tel. (0316) 877-5102,  
E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at





MEINUNG



Kurt Luttenberger,  
GLB-Arbeiterkammerrat

**Soziale Gerechtigkeit  
vor Kongressen und  
Wahlen**

Im Juni findet der ÖGB-Bundeskongress statt, im Herbst sind Nationalratswahlen angesetzt.

ÖVP und SPÖ explodieren heuer förmlich vor Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit:

Wiedereinführung der Zweckbindung der **Wohnbaufördermittel** – kein Problem!

**Sechs Wochen bezahlter Urlaub?** – Warum nicht?

**Soziale Verbesserungen** für Frauen, Jugendliche, Pensionisten? – sowieso!

**Verbesserter Zugang zu Bildung** mit neuen zeitgemäßen Bildungsangeboten? – wurde ja immer schon verlangt.

**Arbeitszeitverkürzung** – sogar radikale AZV – darf auch nicht vergessen werden. Und so weiter und so fort.

Es wäre alles zu schön, um wahr zu sein. Skepsis ist angesagt. In der Steiermark bleibt bis auf weiteres der Pflegeregress bestehen. Studiengebühren sind nach wie vor zu entrichten und die ÖVP hat auch schon erklärt, dass sie unter leistbarem Wohnen vor allem den Kauf günstigerer Eigentumswohnungen forciert. Und so weiter und so fort.

Reden wir im Herbst weiter. Denn dann wird man sehen, was danach an „sozialer Gerechtigkeit“ übrig bleibt,

meint Ihr Kurt Luttenberger

**Landtag: Gewerkschafter gegen  
Gewerkschaftsforderungen**

Derzeit muss man, bis auf wenige Ausnahmen, 25 Jahre beim selben Unternehmen beschäftigt sein, um in den Genuss von sechs Wochen Urlaub zu kommen. Der ÖGB fordert sechs Wochen Urlaub für alle Arbeiter und Angestellten ab 43. Die KPÖ hat dazu im Landtag einen Antrag gestellt. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Es wäre wichtig diese Petition an die Bundesregierung zu beschließen. Die Arbeitswelt hat sich grundlegend verändert.

Wer arbeitet heute noch 25 Jahre beim selben Unternehmen?“ SPÖ, ÖVP und FPÖ haben sich gegen den Antrag ausgesprochen.

Besonders empörend: Alle im Landtag vertretenen Gewerkschafter – Klaus Zenz (SPÖ), Helga Ahrer (SPÖ), Siegfried Tromaier (SPÖ), Renate Bauer (SPÖ) und Bernhard Ederer (ÖVP) – haben gegen den KPÖ-Antrag gestimmt und damit gegen die eigene Gewerkschaftsforderung.

**„Schulpartner dürfen nicht an den  
Rand gedrängt werden!“**

**Nach neuem Modell der  
Direktorenauswahl hat die Schule  
kaum noch Mitspracherechte!**

Sehr kritisch zum vor-  
gestellten Modell der  
Leiterauswahl für Pflicht-  
schulen äußert sich der  
KPÖ-Bildungssprecher  
Andreas Fabisch, von  
2005 bis 2010 selbst Mit-  
glied des Kollegiums des  
Landesschulrates. „Die  
Berufsbiografie der Kan-  
didatinnen und Kandi-  
daten war stets ein wichtiger  
Faktor der Beurteilung. Weiters  
konnten Experten aus dem  
Schulbereich ihre Wertungen  
abgeben und beim Hearing an  
der Schule waren es Lehrer und  
Eltern, die um ihre Meinung  
gebeten wurden“, erinnert der



KPÖ-Schulsprecher  
Andreas Fabisch

Bildungssprecher.  
„Aber gerade  
letztere (also  
die „Expertinnen  
und Experten“ vor  
Ort) werden bei  
dem neuen Mo-  
dell kaum mehr  
berücksichtigt, ob-  
wohl gerade sie es  
sind, die mit der  
neuen Schulleitung täglich zu  
tun haben werden und das  
Schulprofil am besten kennen.  
Dieses neue Bestellungskonzept  
bringt unter dem Anschein der  
Objektivierung in Wirklichkeit  
eine Entdemokratisierung mit  
sich!“, warnt Fabisch.



Streichen, zusperrern, drüberfahren: Hunderte Betroffene demonstrieren im Landhaushof gegen die Schulpolitik der steirischen SPÖ. Viele weitere Schulen in der Steiermark sollen in den kommenden Jahren noch geschlossen werden.

**Notruf 0316/877 5102**

**Helfen statt reden. Mit Rat und Tat!**

**KPÖ wirkt!**

**Wir beraten Sie gerne.**

**Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus**

**TATORT Arbeitsplatz**

**Beratung in Fragen von ARBEIT und BERUF**

**Termine unter Tel. 0660 / 1426 080**

E-Mail: [glb@glb-steiermark.at](mailto:glb@glb-steiermark.at) • <http://www.glb-steiermark.at>

**GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK**

STEIERMARK IM ÖGB



Machtlos gegen den Tod, aber nicht gegen Behörden

# Hilfe bei Begräbniskosten

Wenn man einen Todesfall in der Familie hat, hat man zusätzlich zu Trauer und Schmerz auch vieles zu organisieren und vor allem hohe Begräbniskosten zu tragen.

Schon ein einfaches Begräbnis kostet zwischen 2000 und 3000 Euro. Wenn der Verstorbene nicht selbst vorsorgen konnte und die Verwandten nur kleine Einkommen haben, kann dies zu einer großen Belastung für die Angehörigen werden.

Im Steiermärkischen Sozialhilfegesetz ist unter § 14 Bestattungsaufwand ganz klar geregelt: „(1) Als Leistung der Sozialhilfe sind die Kosten einer einfachen Bestattung zu übernehmen, soweit sie nicht aus dem Nachlass getragen werden können oder von anderen Personen oder Einrichtungen auf Grund gesetzlicher, statutarischer oder vertraglicher Verpflichtung zu tragen sind.“

Soweit das Gesetz. Leider ist die Praxis oft eine andere: In der

Steiermark leben rund 45.000 Mindestpensionisten und Mindestsicherungsbezieher, viele Angehörige beziehen ebenfalls nur geringe Einkommen und können die Bestattungskosten nicht bewältigen. Oftmals werden die Anfragen nach Übernahme der Begräbniskosten am Gemeindeamt oder in der Bezirkshauptmannschaft negativ beantwortet. „Sowas gibt's nicht“ ist eine oftmals erteilte Antwort. Dies ist verwunderlich, da der Gesetzestext eindeutig formuliert ist.

Jedem, der betroffen ist, kann nur geraten werden, sich über Rechtsansprüche zu informieren und darauf zu bestehen, dass geltendes Recht auch in der Steiermark zur Anwendung kommt! Wir haben seitens der Sozialberatung der KPÖ einige Nachzahlungen erreichen können – auch wenn die Verfahren langwierig waren.

## Im Allgemeinen gilt:

Menschen mit geringem Einkommen (Pension mit Aus-

gleichszulage, Mindestsicherung) können nach § 7 Abs. 2(a) Z.3 auch einen Antrag auf einmalige Unterstützung stellen, sofern sie in Not sind: Wenn E-Herd, Boiler, Kühlschrank oder Waschmaschine kaputt sind, Mieten- oder Stromrückstand besteht oder auch wenn Angehörige bestattet werden müssen.

- **Stellen Sie einen schriftlichen Antrag.**
- **Stellen Sie den Antrag auf einmalige Unterstützung nach § 7, Abs. 2(a) Z.3**
- **Bestehen Sie auf die Ausstellung eines schriftlichen Bescheides.**
- **Berufen Sie gegen einen ablehnenden Bescheid.**
- **Im Falle einer Ablehnung: Besorgen Sie sich Unterstützung für die Erstellung einer Berufung!**

Bestehen Sie auf der Durchsetzung Ihrer Rechte! Das steht jedem von uns zu!

## Beispiel: Wenn kein Geld fürs Begräbnis bleibt

**Frau Z. aus Knittelfeld** meldet sich bei der Sozialberatung der KPÖ: Ihr Mann war schwerst an Krebs erkrankt, die Kosten für die letzten Besuche im Krankenhaus Stolzalpe für die Ausgleichszulagenbezieherin kaum zu bewältigen. Das Pflegegeld wurde während der immer wiederkehrenden Spitalsaufenthalte einbehalten, die Kosten fürs Wohnen liefen weiter. Schließlich fiel ein Mietrückstand an.

Dann hat ihr Mann, Herr Z., den **Kampf gegen die Krankheit** endgültig verloren. Abgesehen von der persönlich schwierigen Situation stand Frau Z. nun von einem Tag auf den anderen gänzlich ohne Einkommen da – die Neuberechnung der Mindestpension nimmt immer Zeit in Anspruch. Hilfe seitens der Gemeinde konnte sie keine erwarten. Die Kosten fürs Begräbnis könnten nicht übernommen werden hieß es, es seien „ja Kinder da“ (Anm: alle haben ein geringes Einkommen bzw. Sorgepflichten) und außerdem: Es würden im engeren Umkreis „jede Woche fünf Mindestpensionisten versterben“ – da wäre die Gemeinde ja bald „pleite“, wenn man „für jeden ein Begräbnis zahlen“ würde.

Frau Z. hat auf unsere Anraten Beschwerde bei der Volksanwaltschaft erhoben. wegen etwaiger Verletzung von Informationspflichten seitens der Gemeinde.



Graz, Bezirk Ries: In den 1950er-Jahren haben steirische Kommunisten ein Gedenkkreuz für sieben von den Nazis in den letzten Kriegstagen ermordete Deserteure errichtet. 1988 wurde von der Stadt Graz und der Pfarre St. Leonhard an der selben Stelle eine der weltweit ersten Gedenkstätten für Deserteure errichtet. Jedes Jahr findet dort am 4. April ein Gedenktreffen für die Ermordeten statt. Ihre Namen sind bis heute unbekannt.

## „Kleines Glücksspiel“: Entscheidung bis Sommer

Klimt-Weithaler (KPÖ) fordert Ausstieg aus Glücksspiel nach Wiener Vorbild – „einzige gute Lösung“

Nach monatelanger Pause traf sich der Unterausschuss zum „Kleinen Glücksspiel“ wieder. Bekanntlich hat die Steiermark bundesweit die höchste Dichte an Spielautomaten, der letzte Suchtbericht des Landes sprach von 60-80.000 direkt oder indirekt von der Spielsucht Betroffenen. Die KPÖ setzt sich seit 2006 für einen Ausstieg des Bundeslandes aus dem Spielautomatengeschäft ein.

Nach dem Rücktritt des ÖVP-LAbg. Wolfgang Kasic als Ausschussvorsitzender, – er war über seine Geschäftsbeziehungen zur Glücksspielindustrie gestolpert – liegt der Vorsitz nun bei SPÖ-LAbg. Hannes Schwarz. In der Sitzung wurde vereinbart, dass sich das Land bis zum Sommer festlegen solle.

Dabei kann die Steiermark entweder Lizenzen



an Glücksspielkonzerne vergeben oder beschließen, ein „Verbotsland“ zu werden. In diesem Fall könnten ab 1.1.2016 keine Automaten mehr legal betrieben werden, ausgenommen sogenannte „Video Lotterie Terminals“, auf die der Landesgesetzgeber keinen Einfluss nehmen kann.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Die Steiermark hat nun die Chance, aus dem ruinösen Glücksspiel auszusteigen. Die Folgekosten

der Spielsucht sind ohnehin weit höher als die Erträge, die das Land mit den Automaten erwirtschaften kann. Da die steirische SPÖ auf ihrem letzten Parteitag einstimmig – also sogar mit Zustimmung des Landeshauptmannes – den Ausstieg aus dem Glücksspiel beschlossen hat, muss nun Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit die Sozialdemokratie nicht wieder umfällt. Dem Geschäft mit der Spielsucht muss ein Riegel vorgeschoben werden, das ist die Verantwortung der Politik.“



## Keine Steuer für Schotterbarone

Nach jahrelangem Geplänkel haben SPÖ, ÖVP und FPÖ im Landtag endgültig Nein zu einer Steuer für Schotterbarone („Naturnutzungsabgabe“) gesagt. Dadurch entgehen dem

Land Einnahmen bis zu 4 Mio. Euro im Jahr für Naturschutzmaßnahmen. KPÖ-LAbg. Werner Murgg, der sich für diese Abgabe stark gemacht hat: „Statt die Schotterbarone wenigstens minimal

zu besteuern, holt sich das Land das Geld lieber bei jenen, die auf Wohnbeihilfe und Pflege angewiesen sind. Damit ist die SPÖ ein weiteres Mal von einem ihrer Versprechen abgerückt.“



## Höchstgericht: SPÖ und ÖVP dürfen Menschenrechte nicht außer Kraft setzen

Vernichtendes Urteil des Verfassungsgerichts über steirisches Bettelverbot: Sofortige Aufhebung des Gesetzes wegen Menschenrechtsverletzung!

Es ist zu hoffen, dass man die Bettlerdiskussion nicht noch einmal auf die Spitze treibt. Die wirklichen Probleme in unserer Stadt sind der Sozialabbau und die Belastungspakete auf allen Ebenen, die immer mehr Menschen in die Armut treiben.“

### Und der Regress?

Ähnlich uneinsichtig in ihrer „Rechtsmeinung“ zeigt sich die Landesregierung beim Regress, der Rückzahlungspflicht bei Pflegekosten für Angehörige. Trotz eindeutiger Signale der Höchstgerichte über die Unhaltbarkeit dieses Gesetzes halten die „Verantwortlichen“ am Abkassieren bei den Angehörigen fest.

Die KPÖ zur Aufhebung des Bettelverbotes: „Der Verfassungsgerichtshof hat mit der Aufhebung des steirischen Bettelverbotes gezeigt, dass man Menschenrechte für einzelne Personengruppen nicht außer Kraft setzen darf. Es ist den mutigen Steirern zu danken, die dazu beigetragen haben, dass das Landesgesetz von FP, VP und SP vom Höchstgericht zerrissen worden sind.“

# Gleisdorf: Kein Fahrschein mehr am Bahnhof

Der Fahrkartenschalter am Bahnhof Gleisdorf wird am 1. Mai geschlossen. Die ÖBB kennen kein Erbarmen und ziehen ihre Sparpolitik auf Kosten der Bahnkunden rücksichtslos durch.

Dabei ist der Bahnhof sehr stark frequentiert. Außerdem fahren wochentags Züge nicht nur nach Graz oder Fehring, sondern auch nach Weiz.

Auch der Gemeinderat hat nichts gegen diese Maßnahme ausrichten können. Es ist richtig, dass die Stadt den Vorschlag der ÖBB abgelehnt hat, für ältere Menschen, die mit den Fahrkartensystemen nicht umgehen können, den Fahrkartenverkauf im Rathaus zu übernehmen. Das

würde nämlich jährlich 25.000 bis 30.000 Euro kosten - bei einem Erlös von 7000 Euro. Wir geben dem Bürgermeister recht, der sagte, dass wir mit dem Geld der Gleisdorfer Bevölkerung nicht die Defizite der ÖBB kompensieren sollten.

Nach der Gemeindefusion dürfte es nur mehr eine Frage der Zeit sein, bis die ÖBB-Haltestelle Laßnitzthal - wie so viele andere Bahnhöfe in der Steiermark - ebenfalls geschlossen wird.



## Wir suchen Mitstreiter/innen!

Die KPÖ ist in Graz und in der Steiermark eine wirksame Kraft, die an der Seite der Bevölkerung steht. Wir wollen auch im Raum Gleisdorf-Laßnitzthal unsere Arbeit verstärken. Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind dabei herzlich willkommen. Fassen Sie sich ein Herz und nehmen Sie Kontakt mit uns auf!

Herlinde.gindlhuber@gmx.net

## Ist das der Lohn für knallharte, lebenslange Arbeit?

Die Grazer KPÖ-Gemeinderätin Elke Heinrichs betreut seit 2008 rund um die Uhr eine Frau in Kumberg.

Als Kleinbäuerin hat sie ihr Lebtag lang geschuftet und nach dem frühen Tod ihres Gattens ihre Kinder alleine großgezogen, daneben zwei ihrer Angehörigen zuhause gepflegt. Mittlerweile ist die Grundlage ihrer Existenz verkauft und für die Pflege aufgebraucht.

Elke Heinrichs gibt zu bedenken: „Es stellt sich die Frage nach dem Wert der harten, lebenslangen Arbeit dieser alten Dame. Sie hat zeitlebens christlich-sozial gewählt. Und was macht diese Partei heute?“

## Kommentar H. Gindlhuber



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

## Abkassieren bei Angehörigen?

Wussten Sie, dass die Steiermark und Kärnten die einzigen Bundesländer sind, die eine Kostenrückerstattung (Regress) von Angehörigen fordert, wenn diese Eltern oder

Kinder in einem Pflegeheim haben?

In Kärnten hat das die Haider-Partei eingeführt. Der neue Kärntner SPÖ-Landeshauptmann hat die Abschaffung des Pflegeregresses durchgesetzt. In der Steiermark ist die SPÖ unter Franz Voves für diese Belastung verantwortlich.

Auch die Angehörigen von Menschen, die eine Mindestsicherung beziehen, müssen eine Kostenrückerstattung leisten.

Die KPÖ fordert im Landtag die Abschaffung des Regresses. Das Zurückbezahlen gilt schon für die Angehörigen ab einem Einkommen von 1286 Euro netto.

Meine Mutter ist 94 Jahre alt. Ich weiß, wovon ich rede. Die Aussage von Landesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) finde ich blamabel und unverschämt. Sie sagte zu dieser Regress-Situation wörtlich, dass das eine „pädagogische Maßnahme“ wäre.

Meine Empfehlung: Remembern Sie sich bei der nächsten Wahl daran, welche Parteien uns in der Steiermark den Pflegeregress eingebrockt haben.

**Herlinde Gindlhuber**

fürchtet  
euch nicht!  
KPÖ

Protest  
gegen  
TEUERUNG

# Gemeindezusammenlegung: Volksabstimmung in allen Gemeinden!

Gleisdorf, Labuch, Ungerndorf, Laßnitzthal und Nitscha sollen mit 1.1. 2015 fusionieren, wenn es nach dem Willen von ÖVP und SPÖ geht. Unserer Meinung nach hat sich der Gleisdorfer Bürgermeister in dieser Frage durchgesetzt. Die KPÖ meint: Keine Zusammenlegung ohne Volksabstimmung in allen Gemeinden und ohne gründliche Diskussion mit der Bevölkerung.

**Edmund Giesen (Laßnitzthal):** „Ich weiß, dass es in unserer Gemeinde auch bei den Politikern ursprünglich sehr große Bedenken gegen die Zusammenlegung gegeben hat. Wir haben ein Gemeindezent-

rum und eine Sporthalle gebaut. Bei der Eröffnung hat es große Reden gegeben. Was daraus in Zukunft werden soll, weiß zumindestens ich nicht.“

Die KPÖ betont, dass mit dem nächsten Finanzausgleich

das große Erwachen kommen wird. Steuergeld ist nicht nach Lust und Laune vermehrbar. Und angesichts des allgemeinen Belastungskurses ist es sehr wahrscheinlich, dass man hier auf Kosten der Bevölkerung sparen will.

**Herlinde Gindlhuber (Gleisdorf):** Wenn die Fusion zustande kommt, ist Gleisdorf dann ein langer Schlauch, der sich von Norden nach Süden erstreckt. Völlig ungelöst ist die Frage des Öffentlichen Verkehrs. Nach Nitscha geht derzeit nur

einmal täglich ein Bus. Nach Labuch überhaupt keiner. Wird man in Zukunft das City-Taxi in der Großgemeinde herum-schicken?“

## Bürgermeister-Initiative

Nicht weit von Gleisdorf ist die Gemeinde Markt Hartmannsdorf. Der dortige Bürgermeister hat eine Initiative von Kommunalpolitikern gegründet, die fordert, dass Gemeindezusammenlegungen nur freiwillig und nur nach verbindlichen Volksabstimmungen durchgeführt werden sollen. Die Landesspitzen von ÖVP und SPÖ haben diese Initiative sehr ungnädig behandelt.



**Sparen macht arm:** Die Gemeindezusammenlegungen sollen dem Land ca. 50 Millionen Euro einsparen helfen. Das ist annähernd die Summe, die das Land Steiermark mit heute ungünstigen Krediten in Schweizer Franken verspekuliert hat.

SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!  
INFO TEL. 0316 / 875 5101

[www.mindestsicherungsrechner.at](http://www.mindestsicherungsrechner.at)

**KPÖ**

**zuhören. helfen.**

Claudia Klimt-Weithaler



# Arztprobleme

In Gleisdorf und Umgebung gibt es kein echtes Notarztsystem. Wer am Wochenende ein akutes Gesundheitsproblem in der Familie hat, muss zuerst die Leitstelle des Roten Kreuzes anrufen und erhält dort die Auskunft, welcher Allgemeinmediziner gerade Dienst hat. Auch bei Notfällen kann es eine Stunde lang dauern, bis die ärzt-

liche Hilfe zur Stelle ist.

Aber auch im Alltag ist nicht alles in Ordnung. So gibt es in Gleisdorf keinen fixen Orthopäden, den man täglich aufsuchen könnte. Nur zweimal in der Woche kommt ein Arzt aus Weiz.

Kein Wunder, dass viele Gleisdorfer/innen wegen ihrer Probleme gleich nach Weiz fahren.



## Stau zu erwarten

Wegen der Sanierung von drei Brücken über die Autobahn wird der gesamte Autoverkehr während der Bauzeit durch die Ludwig Bindergasse geführt.

Hier sind viele Staus zu er-

warten. Die Autofahrer werden in dieser Zeit viel Geduld brauchen. Weil bei der Hoferkreuzung aber eine Ampel angebracht wird, dürfte man einen vollständigen Verkehrskollaps vermeiden.

## 20 Prozent mehr Arbeitslose

Die Arbeitslosigkeit steigt auch bei uns stark an. Ende März waren im AMS-Bezirk Gleisdorf 916 Menschen als

arbeitssuchend gemeldet. Das sind um 20,1 Prozent mehr als vor einem Jahr.



## Was uns ein- und auffällt...

... dass das einzige **Nahversorgungsgeschäft in Laßnitzthal** nicht mehr vorhanden ist.

... dass in der Gemeinde Schöneegg im Pöllautal seit 1. Jänner **keine Hundesteuer** mehr eingehoben wird. Dort gibt es mit Jürgen Höfler einen KPÖ-Gemeinderat.

... dass es in Gleisdorf nur für die Reichen kein Wohnungsproblem gibt. Die **Gemeindewohnungen** reichen schon lange nicht mehr aus – und die Mieten sind bei uns genauso hoch wie in Graz.

... dass die **Feistritzwerke in Gleisdorf** eine „intelligente“ Straßenbeleuchtung testen. Die Lampen sollen nur dann hell aufleuchten, wenn es Verkehr gibt oder wenn jemand zu Fuß unterwegs ist.

... dass es im **Gleisdorfer Stadtjournal** keinen Raum für Leserbriefe gibt. Die Bürgerinnen und Bürger werden nur als Konsumenten und als Empfänger der Bürgermeisterbotschaften betrachtet.

## MEINUNG

Von Edi Giesen, Laßnitzthal



## Die Bauern und ihr Zorn

Vielen Bauern platzt der Kragen. Die letzten Verschlechterungen und EU-Beschlüsse haben das Maß vollgemacht. Die Kritik richtet sich gegen Bauernbund und Landwirtschaftskammer.

Es hat stürmische Versammlungen gegeben. Eine „Aktion Gemeinsamer Bauern“ wurde gegründet.

Und wie regieren die ÖVP-Bauern in ihren Funktionärspalästen? In der Bauernbund-Zeitung „Neues Land“ hat Chefredakteur Josef Kaltenegger die „Rebellen“ in der Bauernschaft frontal angegriffen und ihre Aktionen „zum Kotzen“ gefunden. Dieser Artikel ist bezeichnend für das Sittenbild, das im steirischen Bauernbund herrscht.

Den Bauern geht es dabei nicht nur um Steuerregeln, die Bauern lassen jetzt ihren ganzen Frust heraus. „Wenn eine Bank schreit, wir sind in Not, werden Millionen lockergemacht, wenn ein Haufen Bauern sagt, wir können uns das nicht leisten, passiert nichts!“, sagt einer. „Was EU und AMA mit den Bauern betreiben, hat es nicht einmal bei der Leibeigenschaft gegeben“, zitiert die Kleine Zeitung Teilnehmer an einer Protestveranstaltung.

Die Bauern haben recht. ÖVP und Bauernbund wollen ihre Stimmen. Sie sind aber schon so abgehoben, dass sie nicht mehr begreifen, wie es einem kleinen Bauern am Land wirklich geht. Wir von der KPÖ waren immer gegen die Großgrundbesitzer, wir wenden uns gegen die Agrarkonzerne und gegen die EU. Die Bauern sind für uns Menschen wie Du und ich, mit denen wir gemeinsam für soziale Gerechtigkeit eintreten.“

Edi Giesen

Sollten Sie, liebe Leserin, lieber Leser, Fragen zu diesem Thema haben, wenden Sie sich bitte an eine der KPÖ-Servicestellen: [www.kpoe-steiermark.at/kpoe-steiermark-bezirke.phtml](http://www.kpoe-steiermark.at/kpoe-steiermark-bezirke.phtml)

**Unser Leben ist mehr wert als eure Profite**

14. bis 16. Mai:  
ÖH-Wahl 2013

**Sara Plassnig** (19) studiert Rechtswissenschaft und ist Spitzenkandidatin des Kommunistischen Student/innenverbandes bei den Hochschülerschaftswahlen von 14. bis 16. Mai. „Wenn man sich alles gefallen lässt, wird es immer schlimmer. Und der KSV ist die einzige Organisation, die sich wirklich für die Interessen der Studierenden einsetzt.“

## Essen ohne Angst?

Lebensmittelskandale schreien zum Himmel

Warum kommt es zu den Lebensmittelskandalen? Können wir überhaupt noch essen, was uns in den Geschäften angeboten wird? Diese Fragen stellen sich viele.

leiten. Die Armen werden mit „Plastikessen“, mit dutzenden Zusatzstoffen und Geschmacksverstärkern abgespeist.

KPÖ-Gemeinderat Jürgen Höfler: „Wir haben in unserer Gegend noch eine intakte Landwirtschaft. Wenn wir auf Bauernmärkten oder beim Erzeuger einkaufen, entgehen wir der Falle, die uns von den Lebensmittelkonzernen aufgestellt wird. Ohne eine grundlegende Änderung der Verhältnisse auf dem internationalen Lebensmittelmarkt wird es aber einen Skandal nach dem anderen geben.“

**Buchtipps: »Schwarzbuch Raiffeisen«**

Raiffeisen ist als ehemalige Bauern-Selbsthilfe Genossenschaft zu einem riesigen Wirtschaftskonglomerat geworden. Ergebnis der Recherche ist das Porträt einer einzigartigen Zusammenballung von ökonomischem, politischem und gesellschaftlichem Einfluss. Verlag Mandelbaum, 16,90 Euro.

**Buchpräsentation durch die Autoren am Do., 13. Juni, um 19 Uhr im Volkshaus Graz.**



## Hartberg: Noch kein Triumph-Nachfolgebetrieb

Arbeiterinnen sind Opfer der Parteipolitik

„Das Schicksal des versprochenen Nachfolgebetriebes für Triumph-Hartberg ist völlig ungeklärt. Es muss endlich darüber geredet werden.“

Landtagswahl – angekündigt. Nach intensiven Diskussionen und einem großen Unmut in der Bevölkerung zauberte die ÖVP die Idee der Errichtung einer gläsernen Süßwarenfabrik am Triumph-Standort aus dem Hut. Dieses Versprechen ist bis heute nicht eingelöst worden. Es handelte sich dabei anscheinend um eine Wohlfühlaussage knapp vor der Landtagswahl.

Das sagte der KPÖ-Gemeinderat und Oststeiermark-Sprecher Jürgen Höfler (Schönegg):



KPÖ-Gemeinderat Jürgen Höfler (Schönegg)

„Angesichts der Zusperrpläne des Konzerns im Burgenland und in Niederösterreich lohnt es sich, die Ereignisse, die sich in unserem Bezirk vor fast drei Jahren abgespielt haben, noch einmal Revue passieren zu lassen.“

Der Konzern hatte die Schließung des Hartberger Werkes im Sommer 2010 – knapp vor der

Die gekündigten Arbeiterinnen sind zum Großteil aus dem Arbeitsmarkt verschwunden. Die Arbeitslosenrate im Bezirk ist trotzdem gestiegen. Ende März hat der Anstieg gegenüber dem Vorjahr 13,7 Prozent ausgemacht. Höfler: „Es darf nicht sein, dass die ehemaligen Triumph-Arbeiterinnen zu Opfern eines parteipolitischen Spiels gemacht werden.“ Von den Verantwortlichen in der Steiermark und der Region erwartet sich die KPÖ eine Wirtschaftspolitik, die vor allem die Interessen der Bevölkerung im Auge hat.

Typisch steirisch:



Stur für Gerechtigkeit.  
KPÖ wirkt!  
Claudia Klimt-Weithaler

# Hundesteuer bis 100% erhöht

## SOLL SO DAS LANDESBUDGET SANIERT WERDEN?

Der Landtag hat mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen das neue Hundeabgabegesetz beschlossen. Darin enthalten ist eine extreme Verteuerung der Hundesteuer.

**E**inzig und allein die KPÖ stimmte im Landtag gegen den Antrag der Abgeordneten Schwarz (SPÖ) und Dirnberger

(ÖVP) bezüglich einer radikalen Erhöhung der Hundesteuer.

Die Hundesteuer beträgt nun in der gesamten Steiermark mindestens 60 Euro. Wer während der letzten fünf Jahre keinen Hund gehabt hat und keinen Hundeführerschein macht, zahlt jetzt 120 Euro. Dieser Beschluss wird in den Gemeinderäten größtenteils nachvollzogen.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg:

„Jetzt kommen FPÖ und Grüne drauf, dass das Gesetz verpfuscht worden ist. Hätten die beiden Parteien gleich nachgedacht, welchen Bestimmungen sie hier zustimmen, wäre es vielleicht im Vorfeld der Beschlussfassung noch zu Korrekturen gekommen. Damals hat aber nur die KPÖ auf die Probleme hingewiesen und als einzige Partei gegen das Gesetz gestimmt.“



Hunde sind schon Steuerzahler

Für viele alleinstehende Menschen ist der Hund der einzige soziale Kontakt. Ältere Menschen mit geringem Einkommen sind von der Erhöhung der Hundesteuern schwer betroffen. Für diese Gruppe ist der „Lebenspartner“ Hund kein Luxusgut, sondern Ansprechpartner und die Möglichkeit mit anderen Hundebesitzern in Kontakt zu treten. Alleine die Einsparungen im Gesundheitswesen durch die positive Wirkung „Hund“ gleichen den Verzicht auf die Hundesteuer wieder aus. Wir sind der Meinung, dass gerade die schwächsten Menschen eine Unterstützung in diesem Steuerirrsinn brauchen und setzen uns für die Abschaffung der Hundesteuer ein.



## Unsozialer Anschlag bei der Hundesteuer!

**M**it Jänner dieses Jahres wurde mit einem Landesgesetz die Hundesteuer extrem verteuert. Nun zahlt man für einen Hund landesweit 60 Euro. Bisher war das von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich geregelt. In Leoben zahlte man bisher 50 Euro. Die 60 Euro können sich bis auf 120 Euro verdoppeln, wenn der Hundebesitzer während der letzten fünf Jahre keinen Hund besessen hat und keinen Hundeführerschein machen will. Das heißt: ein „armer“ Pensionist der sich aus dem Tierheim einen Zwergpudel holt, muss einen Hundeführerschein machen, will er nicht 120 Euro Steuern zahlen. Ein Wahnsinn!

Abgesehen davon, ist die neue Regelung extrem unübersichtlich. Es gibt hunderte Ausnahmen, welche den Vollzug der Steuer extrem bürokratisch machen. Im Endeffekt wird der Verwaltungsaufwand mehr kosten, als die Gemeinden durch die Steuer einheben. Die KPÖ hat aus gutem Grund im Landtag gegen dieses Gesetz gestimmt. Leider waren wir die einzigen: SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne protestieren jetzt in verschiedenen Gemeinden, vergessen dabei aber, dass ihre Landeshauptlinge im Landtag zugestimmt haben. Das ist unehrlich!

Dazu kommt die soziale Schiefelage. Viele, vor allem ältere

Menschen, leisten sich einen Hund um der Einsamkeit zu entgehen. Sie sparen sich Futter und andere Kosten im wahrsten Sinne des Wortes vom Mund ab. Für diese Mitmenschen wird der Hund jetzt zum Luxusgut. Die KPÖ sagt konsequent Nein zu sämtlichen Gebührenerhöhungen: egal ob es sich um die Betriebskosten

beim Wohnen, das Wasser, die Müllabfuhr oder die Hundesteuer handelt. Wir meinen, die Kommunen sollten sich das Geld dort holen, wo es vorhanden ist. Nicht bei der sprichwörtlichen „Mitzi-tant“ sondern bei den Androschs & Co. Lothar Knaak, KPÖ





# Wohnbauförderung wird

2012 wurden nur noch 437 Wohnungen errichtet weil die SPÖ Zw

## Verfehlte Budgetpolitik



KPÖ-Labg. Murgg:

Bis zu 2740 neue Wohnungen wurden in den 1990ern jährlich aus Mitteln der steirischen Wohnbauförderung errichtet. 2006 waren es noch 1.865. Trotz der sich verschärfenden Situation am Wohnungsmarkt wurden durch die verfehlte Budgetpolitik von SPÖ und ÖVP 2012 nur noch 437 Wohnungen aus diesen Mitteln gebaut. Die Wohnbauförderung sei damit am Ende.

Derzeit steigen die Wohnkosten noch deutlicher als in den letzten Jahren. Die Mieten sind doppelt so stark gestiegen wie Inflation und Löhne. Die nun von der Bundes-SPÖ geforderte Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbaumittel wird in der Steiermark von der SPÖ boykottiert. Ein entsprechender KPÖ-Antrag im Grazer Gemeinderat wurde von allen Parteien unterstützt – nur die SPÖ stimmte dagegen.

Dem Landtag liegt seit 14.6.2012 ein Antrag der KPÖ auf landesgesetzliche Zweckbindung der Wohnbauförderergelder vor. Dieser Antrag wurde inhaltlich bis heute nicht behandelt, sondern in den Unterausschuss „Budgetsanierung“ abgeschoben. Dessen Vorsitzender ist SPÖ-Labg. Hannes Schwarz.

Ich fordere Labg. Schwarz auf, den Antrag endlich behandeln zu lassen. „Die SPÖ hätte die Gelegenheit, ihren Ankündigungstaten folgen zu lassen. Aber offenbar handelt es sich beim SPÖ-Vorstoß auf Bundesebene nur um Wahlkampfrhetorik.“

Während Löhne, Gehälter, Pensionen und Sozialleistungen nicht einmal mehr um die Inflationsrate erhöht werden, steigen die Mieten unaufhaltsam.

Immer mehr Menschen müssen bereits deutlich über die Hälfte ihrer Einkommen für ihre Wohnungen ausgeben und laufen Gefahr, diese zu verlieren. Die steirische SPÖ-ÖVP-„Reformpartnerschaft“ reagierte darauf so, wie man es von ihr befürchtet: Sie kürzte auch noch die Wohnbeihilfen. Noch dazu steigen die Gebühren für Wasser, Kanal und Müllabfuhr

und auch die Heiz- und Energiekosten überdurchschnittlich an.

## Ein Prozent des Lohns

Das Wohnbaugeld wird von den arbeitenden Menschen in Form des Wohnbauförderungsbeitrages in der Höhe von einem Prozent der Löhne und Gehälter finanziert. Diese Wohnbauförderungsmittel werden zweckentfremdet ins allgemeine Budget gesteckt. In der Steiermark wurden auch ältere aushaftende Wohnbodarlehen an Banken verkauft. Kein Wunder also, dass die ohnehin knappen Mittel für den dringend notwendigen sozialen Wohnbau noch weniger werden.

## Zweckwidmung der Wohnbauförderung

„Die Wiedereinführung der Zweckwidmung der Mittel aus der Wohnbauförderung ist dringender notwendig denn je“, sagt die Grazer Wohnungsdarträtin Elke Kahr. „Die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften unterstützen diese Forderung, und es ist erfreulich, dass auch Bau-Bundesinnungsmeister Werner Frömmel und der SPÖ-Gewerkschafter und Nationalratsabgeordnete Josef Muchitsch die Notwendigkeit dieser Maßnahme erkannt haben.“

## Wohnen macht arm – wie lange noch?

Ernest Kaltenegger: „Auf Landesebene wurden die Wohnbautöpfe jahrelang ausgeräumt, aushaftende Darlehen an Banken verkauft. Die Konsequenz: Keine Rückflüsse, kein Neubau von geförderten Wohnungen.“

So wurden allein 2002: 757 Mio. Euro und 2003: 831 Mio. Euro aus dem Wohnbautopf genommen.

Die SPÖ war hier die treibende Kraft. Vor allem in den Ballungszentren ist der Rückgang des geförderten Wohnbaus dramatisch.“



Foto: Ulbl-Taschner

Das Mietrechtsgesetz ist leider wegen seiner Ausnahmeregelungen und unterschiedlichen Geltungsbereiche schwer durchschaubar.

## Wohnen auf Kasernengrund

Leistbares Wohnen: Was die ÖVP fordert hat die KPÖ schon verwirklicht

Die Bundes-ÖVP fordert derzeit, dass ehemalige Kasernengründe verwendet werden, um günstigen Wohnraum zu schaffen. Die Forderung ist nicht neu: Sie wurde von der KPÖ schon 2006 gestellt – und wird aktuell umgesetzt: Am Areal der ehemaligen Hummelkaserne entstehen ab Herbst 86 neue Gemeindewohnungen. KPÖ-Wohnungsdarträtin Elke Kahr: „Der Bund soll den Gemeinden die Kasernengrundstücke zu Verfügung stellen, anstatt sie zu verkaufen! Steiermarkweit fehlen 16.000 leistbare Wohnungen.“



Ab Herbst wird am Gelände der ehemaligen Grazer Hummelkaserne gebaut.



# missbraucht

eckbindung der Wohnbaumittel verhindert



Nach Jahren des Stillstands und der Spekulation mit Wohnbauförderungsmitteln wird wieder deutlich, wie wichtig sozialer Wohnbau für die Menschen in Österreich ist. Die Grazer KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr setzt sich für eine neue Offensive beim sozialen Wohnbau ein.

Offener Brief der KPÖ Murtal an SPÖ-Jugendfunktionäre, die sich für leistbaren Wohnraum eingesetzt haben

## Das Thema brennt – Leistbare Wohnungen

Sehr geehrter Herr Moitzl! Sehr geehrter Herr Lercher!

*Die SPÖ hat seit den 90-er Jahren nicht verhindert, dass gemeinnützige Wohnbauten sukzessive verschleudert, versilbert und in private Hände überführt wurden und noch immer werden. Das trifft auf ehemalige Werkwohnungen sowie auf Bundes- und Gemeindewohnungen zu. Damit werden Wohnungen zunehmend unerschwinglich; nicht selten geht das Einkommen eines Familienmitgliedes für die Wohnung auf.*

*In Judenburg wurden die Gemeindewohnungen schon in eine JUSI (Judenburger Standortentwicklungs- und Immobilien- GmbH & Co KG) ausgelagert, wohl ein erster Schritt zur Privatisierung. Der Verkauf der letzten Fohnsdorfer Gemeindewohnungen liegt erst wenige Monate zurück. Die Entscheidungsträger dafür finden Sie in ihrer eigenen Partei. Deshalb wünschen wir Ihnen viel Glück und Erfolg bei der Überzeugungsarbeit in Ihren eigenen Reihen, damit Ihr Anliegen – leistbares Wohnen – kein Strohfeder bleibt, sondern ein Dauerbrenner wird. Auf unsere Unterstützung zu diesem Thema können Sie jedenfalls zählen!*

Glück auf!

GR Elfriede Wieser, GR Christine Erschbaumer, Gernot Gauster

## 1. Mai 2013:

Aufruf der KPÖ  
zum 1. Mai

**Handeln  
statt reden!**



© WONG SEE FEE Fotolia.com

## Wohnen muss leistbar werden

Wir sind **solidarisch** mit Arbeitern, Angestellten, allen Menschen, die weltweit am 1. Mai gegen die Spardiktate des Kapitals und für mehr Gerechtigkeit auf die Straße gehen. Mit den hohen **Wohnkosten** wird auch die Sorge ums tägliche Überleben immer drückender: Die Einkommen sind niedrig, die Wohnkosten – Miete, Heizung, Energie steigen überdurchschnittlich.

Der Teuerung, einem Instrument der sogenannten Euro-Rettung, muss Einhalt geboten werden!

Die für den Wohnbau eingehobene Steuer wird zweckentfremdet oder für riskante Spekulationen verwendet. Mit dem Wohnbauförderungsgeld müssen endlich wieder Wohnungen gebaut werden, die man sich leisten kann.

*Dafür gehen wir am 1. Mai auf die Straße!*

Das politische Establishment in unserem Land ist nur noch Erfüllungsgehilfe der EU-Vorgaben, der Banken und Konzerne. Die Politiker sind nur noch Verwalter und Exekutoren für Sozialabbau und Verschlechterungen für die einfachen Leute.

Nach fünf Jahren kapitalistischer Krise ist die von SPÖ und ÖVP vertretene politische Elite fertig: Sie sind nicht imstande für Arbeit und Vollbeschäftigung zu sorgen.

Mit ihrer Privatisierungspolitik zugunsten europäischer Konzerne haben sie öffentliches Eigentum verscherbelt und uns der Macht des internationalen Kapitals ausgeliefert.

Sie sind nicht imstande den Jungen eine Zukunft zu geben.

Sie sind nicht imstande für sichere Pensionen und einen ruhigen Lebensabend zu sorgen.

Aber die Politiker streichen Riesen-Einkommen ein und halten ein System der Korruption aufrecht.

**SIE SIND FERTIG!**

**Demonstration in Graz am 1. Mai 2013,  
10.30 Uhr ab Südtirolerplatz  
zum Eisernen Tor: Kundgebung**

**Maifest im Volkshaus Graz  
mit Sigi Maron  
und den Rocksteady Allstars**

**KPÖ**  
www.kpoe-steiermark.at

# Ferienaktion 2013: Ein Sommer mit Kinde

„Sommer, Sonne, Ferien: LOS!“ Auch in diesem Jahr finden sich wieder Kinder aus allen Ecken der Steiermark und darüber hinaus in den Ferienheimen von Kinderland Steiermark ein.

Dank unseres vielseitigen Angebotes können wir vielen Familien einen passenden und kostengünstigen Erholungsaufenthalt für ihre Kinder anbieten. Wer Abenteuer und Abwechslung sucht und zwischen 6-15 Jahren ist, fühlt sich in unserem Feriendorf am Turnersee (Kärn-

ten/nah dem Klopeinersee) wie zuhause. Für alle Kinder zwischen 6-12 Jahren, die es etwas ruhiger und familiärer wollen, ist unsere Kinderlandvilla „Richard Zach“ im Luftkurort St. Radegund der richtige Ort. Es stehen 1-, 2- und 3-wöchige Turnusse zur Auswahl. Zuschussmöglich-

keiten von Land, Stadt und BHS verringern die Turnuskosten oftmals um ein Vielfaches. Wir stehen Ihnen für die Ansuchen um Zuschüsse gerne in unserem Ferienbüro am Mehlplatz 2 (Schubertkino) im 2. Stock oder unter 82 90 70 oder unter office@kinderland-steiermark.at zur Verfügung.

## Hauptanliegen: Erholung

Es war uns immer ein Anliegen, dass Kinder in den Ferien die Chance bekommen, sich vom Schulstress und Leistungsdruck zu erholen.

Auch wirken sich veränderte Familienverhältnisse wie die Arbeit der Eltern, Patchwork-Familien, Aufwachsen als Einzelkind auf das Freizeitverhalten der Kinder aus. In unserer Ferienaktion haben die Kids die Gelegenheit auch „einmal was anderes kennen zu lernen“. Beim Lagerbau, in der Kreativecke, beim Singabend oder beim Geländespiel lernen viele erstmalig, wie es ist, etwas gemeinsam zu schaffen und gemeinschaftlich zu agieren. Fernseher oder Playstation sind meist nach einigen Stunden schon vergessen, denn Kicken oder Faulenzen am See mit Gleichaltrigen oder das nächtliche Geistern sind reale Erfahrungen und nicht einfach nur virtueller Zeitvertreib.

## Soft Skills lernen

Beim morgendlichen Workshop oder dem einen oder anderen Zusatzangebot haben die Kids die Möglichkeit, ihren Interessen nach, frei zu wählen was sie tun wollen.

Diese Soft Skills Erfahrungen, wie Teamwork oder soziales Einfühlvermögen, die Kinder bei uns im „Ferntagesablauf“ machen, sind etwas sehr Wichtiges und können ihnen später in Beruf und Familie nur dienlich sein.

**Kinderland**  
Steiermark

für Kinder im Alter  
von 6 bis 15 Jahren

**Sommer, Sonne,  
Ferien: Los!**

**1-2 oder 3**  
Wochen möglich!

**St. Radegund am Schöckel**  
vom 07. Juli bis 20. Juli

**Feriendorf Turnersee**  
vom 07. Juli bis 24. August

**Auskunft und Anmeldung:**

**Kinderland**  
Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz  
Tel.: 0316 / 82 90 70  
Fax: 0316 / 82 06 10  
office@kinderland-steiermark.at

# Land Steiermark

## Spezial-angebote: Actionwoche, Reitwoche

Wer sich noch nicht alleine 14 Tage in die Ferien fahren traut, aber dennoch mit Freunden „abhängen will“, ist in der **einwöchigen Actionwoche** gut aufgehoben, denn bei täglichen Angeboten wie Jungleswing, Zelten oder Schlauchraften vergeht die Zeit im Nu. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich unsere Reitwochen, auch bei Burschen. Durch den Umgang mit den Islandponys lernen die Kinder Reiten und den Umgang mit Tieren.



**Feriedorf am Turner-/Sablatnigsee**

## Reitwoche



**Actionwoche**

## Ehrenamtliche Mitarbeit gesucht

Ohne die Hilfe vieler ehrenamtlicher Mitarbeiter/innen, wäre die Ferienaktion nicht möglich. Ob Kochen, Zusammenräumen, Wände anmalen oder im pädagogischen Team, alle arbeiten sie in ihrer Freizeit für den Gemeinschaftssinn des Kinderlands, den wir Jahr für Jahr auch an Kinder weiterzugeben versuchen. Und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, die eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung im Dienst der Kindererholung suchen, können wir nie genug haben. Also bitte melden, bei uns ist jede/r gern gesehen, der etwas Verantwortung übernehmen möchte. Tel. 0316 / 829070.

## ZVP Zentralverband der Pensionisten

### SPRECH- STUNDEN

MO. bis FR. von  
10 bis 12 Uhr  
Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: [zentralverband@gmx.at](mailto:zentralverband@gmx.at)

☎ **0316/ 71 24 80**

Voranmeldung erbeten.

### Wir helfen bei:

- Anträgen auf **Pflege-geld**
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Unterstützungen; Gebührenbefreiungen
- anderen Problemen

**Jeden Donnerstag  
gemütlicher  
Nachmittag im  
Volkshaus Graz**

## REISE:

Zentralverband der  
Pensionisten

## Baška, Insel Krk

16. bis 21. Juni 2013



## 6-Tages-Fahrt nach Kroatien mit Halbpension

**€ 310,-**

pP im Doppelzimmer  
Einzelzimmer € 350,-

Anmeldungen unter

**Tel. 0316/71 24 80**  
(10 -12 Uhr)

E-Mail: [zentralverband@gmx.at](mailto:zentralverband@gmx.at)



## Das ist die EU: Sparbuchdiebe am Werk

„Die EU kommt uns zu teuer“. Dieser Plakatspruch ist vor zehn Jahren bei einigen Menschen auf Widerspruch gestoßen. Jetzt sind die Ersparnisse in der EU nicht mehr sicher. Niemand weiß, wie lange noch Geld aus dem Bankomaten kommt. Die EU ist für uns alle eine sehr teure Angelegenheit.

Zypern ist kein Einzelfall. An der Bevölkerung dieses Landes wird ausprobiert, wie viel Geld man den Menschen wegnehmen kann, damit die EU und die Finanzkonzerne verschont bleiben.

### Einzelfall?

Zypern, Portugal, Irland, Griechenland, Spanien, Italien, Slowenien: Die „Einzelfälle“ in der Eurozone häufen sich. Mit hunderten Milliarden Euro, die man den Arbeitslosen, den Pensionisten und der Jugend wegnimmt, wird der Bankensektor gerettet. Und es gibt keine Aussicht auf Umkehr. Die Polit- und Wirtschaftsversager in der EU geben nicht zu, dass sie gescheitert sind. Sie wollen mitten in der Krise ihre Macht zentralisieren und sich gegen die Forderungen der Bevölkerung abschotten. Österreichs Regierung spielt da mit.

### Sparbuchdiebe

Die Sparguthaben sind sicher. Das hat die Regierung immer wieder betont. In Zypern hat man gesehen, dass dieses Versprechen von einem Tag auf den anderen nicht mehr gelten kann. Auch in Österreich gibt es Gesetze, die das Einfrieren von Sparkonten ohne weiteres möglich machen. Dabei hängt die Mehrheit der Bevölkerung schon seit vielen Jahren am Tropf der Finanzindustrie. Früher hat es Lohnsackerl gegeben, die Pensionisten haben ihr Geld mit der Post bekommen. Jetzt läuft alles auf elektronischem Weg über Girokonten. Was bedeutet das? Es ist möglich, dass die Bankomaten von einer Sekunde zur anderen kein Bargeld mehr ausspucken. Alle Banken wären gleichzeitig geschlossen und die Bevölkerung wäre auf das Bargeld angewiesen, das gerade im Geldbörstel oder in einem Schrank

aufbewahrt wird. Die „schwarze Woche“ in Zypern hat gezeigt, dass dies keine Horrorvision ist.

### Einlagenverunsicherung

Zypern ist die Vorlage für das Eingreifen der EU. Die vielbeschworene Einlagen-Sicherung ist das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist.

Dies bedeutet: Der einfache Bankkunde kann sich in der gesamten Euro-Zone nicht mehr in Sicherheit wiegen, wenn er sein Geld auf die Bank bringt. Der niederländische EZB-Mann Klaas Knot bestätigt: Die Enteignung von privaten Bank-Guthaben wird künftig Teil der „europäischen Liquidierungs-Politik sein“. Und auch in Österreich ist die Debatte für den „Fall der Fälle“ schon losgegangen. Ein Selbstbehalt für Sparer wäre eine gesunde Maßnahme“, sagte Oberbank-Chef Franz Gasselsberger am 3. April vor Journalisten.

Professor Novotny von der Nationalbank ist schon längst unglaublich geworden. Ein Ausweg aus der Krise ist nur zu finden, wenn wir gemeinsam gegen das Diktat der EU auftreten.

### Gegenbeispiel Island

Dass es möglich ist, der Erpressung durch eine mächtige Finanzelite zu widerstehen, zeigt Island: Dort hatte sich die Bevölkerung in einer Abstimmung geweigert, für die Schulden der Banken zu bluten. Die meisten Gläubiger gingen leer aus, die Banken gingen in Konkurs, wurden anschließend vom Staat übernommen. Natürlich war diese Abkehr vom Modell Finanzoase nicht ohne schmerzhaftes Einschnitte und Anpassungen zu haben. Diese Sanierung war aber nur möglich, weil Island nicht Mitglied der EU ist. Die EU kommt uns viel zu teuer: in Österreich und in allen Mitgliedsländern.



### Erinnern Sie sich an diese Versprechen vor dem EU-Beitritt 1995?

- Die **Neutralität** bleibt erhalten.
- Das anonyme **Sparbuch** bleibt erhalten.
- Der **Schilling** bleibt erhalten.
- Ein EU-Beitritt bringt jedem Haushalt tausend Schilling mehr im Monat („Ederer-Tausender“)
- Durch den EU-Beitritt werden 50.000 Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosenrate hat heute ein Rekordniveau erreicht (8,6 % gegenüber 4,9 %).
- Österreich hat ein Vetorecht. Stimmt nicht. In der Krise zählt die Finanzmacht.
- Der Sozial- und Bildungsbereich werden immer in nationaler Zuständigkeit bleiben.
- Die Bauern können nur in der EU (EG) überleben; sie werden durch Subventionen gut über die Runden kommen. Das Bauernsterben seit 1995 spricht eine andere Sprache. Heute werden die Mittel weiter gekürzt.
- Über das Wasser wird Österreich immer allein entscheiden können. Das kann Brüssel Österreich nicht wegnehmen.

**Damit wird das letzte Versprechen, das uns 1994 von den EU-Gehilfen gegeben worden ist, gebrochen.**

**Veranstaltungen des KPÖ-Bildungsvereins**

**Bitte vormerken: Pressefeste der KPÖ**

**STEIRISCHE  
Volksstimme**



**Sa. 29. Juni: M-H-M Gartenfest, Mürzzuschlag, Wienerstraße 148**

**Sa. 3. August: Sommerfest, Kapfenberg, Feldgasse 8**

**Sa. 7. September: Volkshausfest in Graz, Lagergasse 98a**

*Die Feste der kommunistischen Presse bieten ein tolles Kulturprogramm und Gelegenheit zu Diskussion und Meinungsaustausch*

**BIBLIOTHEK  
des KPÖ Bildungsvereins**

**im Volkshaus Graz**  
Nach Vereinbarung  
für alle zugänglich



**Telefonkontakt: Bernd Mugele 0664/73646417**

Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Wir haben Bücher abzugeben, Sie können uns gerne besuchen: jeden Mittwoch, 14.30-17.30, oder nach telefonischer Vereinbarung.

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

Weitere Programme sowie Bestellungen:  
KPÖ-Bildungszentrum  
Volkshaus Graz • Lagergasse 98a  
Tel. (0316) 71 29 59

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



**Gemeindefusionsgegnerin gewinnt Wahl in Trofaiach**

**G**abi Leitenbauer – die lässt Sie nicht im Stich! – Unter diesem Motto trat die KPÖ zur Gemeinderatswahl in Trofaiach am 14. April an. Die Wahl war durch die übereilte Zusammenlegung der Stadt Trofaiach mit den Landgemeinden Gai und Hafning notwendig geworden. Die Einpeitscher der Gemeindefusion haben die Wahl allesamt Stimmen verloren: Nur die KPÖ mit Gabi Leitenbauer konnte – neben neu angetretenen Listen – ihren Stimmenanteil ausbauen. Sie kam nach 925 (im Jahr 2010) auf 1355 Stimmen (21,9 Prozent, 7 Mandate). Die SPÖ verlor 1000 Stimmen und die absolute Mehrheit.



**Preisexplosion bei Bus und Bahn**

17 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren kostet ab Juli der Einzelfahrschein im Verkehrsverbund, die Erhöhung bei der Jahreskarte betrug im selben Zeitraum 72,- Euro (umgerechnet 5 1000,-!) Die jährlichen Preisanstiege machen die Fahrkarten für Bus und Bahn für immer mehr Steirerinnen und Steirer fast unerschwinglich.

Fahrschein	Preis derzeit	Preis ab 1. Juli	Erhöhung in %	Erhöhung in Euro
Stundenkarte	2,00 Euro	2,10 Euro	5,00 %	0,10 Euro
24-Stunde-Karte	4,50 Euro	4,70 Euro	4,44 %	0,20 Euro
10er-Block	18,70 Euro	19,20 Euro	2,67 %	0,50 Euro
Jahreskarte	365,00 Euro	388,00 Euro	6,03 %	23,00 Euro

**Raus aus der EU!**

SolidarstaAt statt EU-Konkurrenzregime!



[www.solidarwerkstatt.at](http://www.solidarwerkstatt.at)

Plakat, Aufkleber bitte bestellen bei:  
[www.solidarwerkstatt.at](http://www.solidarwerkstatt.at)

**G**rundlage für diese Tarifierhöhung ist eine Vereinbarung aller im Verbund vereinten Unternehmen, jährlich Preiserhöhungen bis zum 1,75-Fachen des Verbraucherpreisindexes durchzuführen – also fast doppelt so viel wie die offizielle Teuerungsrate. Dass es anders geht, zeigt das Vorbild Linz. Dort wurde die Jahreskarte zuletzt um € 100,- billiger und kostet nun nur mehr € 285,-.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „In Zeiten der Belastungen der Bevölkerung und des Feinstaubnotstan-

des im Großraum Graz ist so eine Teuerung unzumutbar. Treue Kunden, insbesondere Pendler werden bestraft, wenn sie öffentliche Verkehrsmittel verwenden.“

Ein KPÖ-Antrag gegen diese extreme Teuerung wurde nicht angenommen. Die SPÖ-ÖVP-Mehrheit im Land steht hinter der Tarifpolitik des Verbundes.



**Pfingsten am Turnersee**

Schnuppertage für Kids von 6-15

18. bis 20.05.2013  
Kinderland Feriendorf, Turnersee

- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise mit Busson (verschiedene Einsteigermöglichkeiten)

Auskunft und Anmeldung:

**kinderland**  
Steiermark

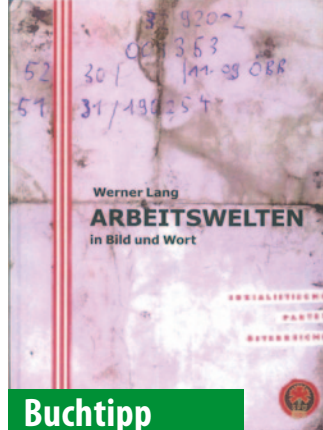
Mehlplatz 2, 8010 Graz  
Tel.: 0316 / 82 90 70  
Fax: 0316 / 82 06 10  
office@kinderland-steiermark.at  
www.kinderland-steiermark.at

**Schnupperferien-Aktion: Pfingsten am Turnersee**

18. bis 20. Mai 2013  
57,- Euro  
Preise jeweils mit Transfer ab Graz, Vollpension, Betreuung u.v.m.  
Ferienzuschüsse möglich, bitte informieren Sie sich bei uns!

**Sommer, Sonne, Ferien: Los! 1-2 oder 3 Wochen möglich!**

07. Juli bis 17. August  
Kinderland Feriendorf, Turnersee



**Buchtipp**

Ein Sammelband über das Thema „Arbeitswelt“. Wie sind das Verhältnis von Kapital und Arbeit in den letzten Jahren verändert hat. Ausgewählt und zusammengestellt vom Stahlarbeiter Werner Lang aus seinen Texten, Zeitungsbeiträgen und Büchern.  
Werner Lang: *Arbeitswelten in Bild und Wort*. 2012. Hardcover, 80 Seiten, 210x 297 mm, ISBN 9783900792312. Bestell-ung: ch.wiesbauer@tele2.at



**RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN**

**Mieterschutzverband Steiermark**  
Sparbersbachgasse 61  
Tel. 0316 / 38 48 30  
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!  
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr  
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr  
www.mieterschutzverband.at

**Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinzeige:**  
Steirische Volksstimme,  
Lagergasse 98a, 8020 Graz,  
Tel. 0316 / 71 24 79#  
Fax 0316 / 71 62 91  
volksstimme@kpoe-steiermark.at

**Die Volksstimme kostenlos bestellen!**

INFORMATION aus Stadt und Land! Aus erster Hand, kostenlos, unverbindlich, aktuell: Bestellen Sie die steirische Volksstimme!  
Wir senden Ihnen unsere Zeitung gerne kostenlos und unverbindlich zu.

Ich möchte:

Die steirische Volksstimme und die Landtags-Informationen der KPÖ

Das Programm des KPÖ-Bildungsvereins regelmäßig zugesendet bekommen.

Kontaktaufnahme, Mitarbeit

Gedanken und Anregungen:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



An die

**STEIRISCHE Volksstimme**

Claudia Klimt-Weithaler  
Landhaus, Herrengasse 16  
8010 Graz  
Fax: 0316 / 877 51 08  
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

**STEIRISCHE Volksstimme**

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108  
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



# Tiere suchen ein Zuhause

# TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...  
Folgende Tiere vermittelt die Tierheime des Landestierschutzvereins,  
Pausendorferstraße, Knittelfeld, Tel. 035 12 / 49 575.

<http://www.landestierschutzverein.at/>



**Gina:** Ist eine 5-jährige Yorkimischlingshündin die ihr Heim aufgrund von gesundheitlichen Problemen ihres Besitzers verloren hat. Sehr aufgeweckt und freundlich.



**Arron:** freundlicher, kastrierter, 6-jähriger Staffordshire Bullterrier. Leider nicht mit anderen Tieren verträglich.



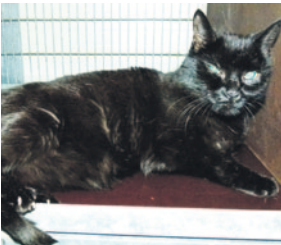
**Taby:** Ist ein ca. 9-jährige, sehr freundliche und agile Schäfermischlingshündin. Sie wurde einfach an das Tor des Tierheims gebunden und ausgesetzt.



**Burli:** 7-jähriger Mischlingsrüde. Er hat sein Heim aufgrund eines Pflegefalls in der Familie verloren. Sehr freundliches Wesen, sucht einen ruhigen Platz.



**Nepomuk:** Ist ein ca. 7-jähriger, zutraulicher, kastrierter. Er sucht einen Platz mit Freigang.



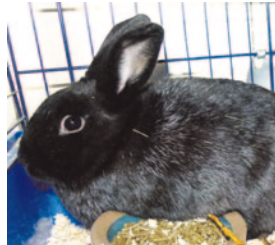
**Susi:** Ist eine 15-jährige, zutrauliche Katze. Sie sucht einen guten Platz, wo sie ihren Lebensabend verbringen kann.



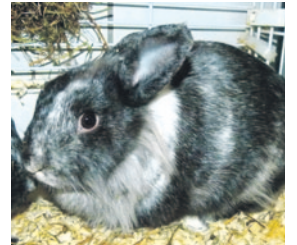
**Leira:** Ist eine schön gezeichnete, weibliche Katze. Sie war ein Streunerin und ist scheu gegenüber Menschen. Wer hat Geduld mit ihr?



**Suri:** Ist ein ca. 1-jähriges Deguweibchen. Sie sucht dringend einen Platz bei einem Artgenossen.



**Raffi:** Ist ein 7-monatiger, kastrierter Kaninchenrammler und sucht einen guten Platz mit einem Artgenossen.



**Sailor:** Kastrierter, männliches Kaninchen, ca. 7 Monate, hat Zahnfehlstellung, die einer regelmäßigen Kürzung bedarf. Wer gibt ihm trotz seiner Zähne ein gutes Zuhause?

## Kleinanzeigen

Leistbarer **Familien-Pflegeplatz** bei Krankenschwester frei. Ruhige und erhöhte Aussichtslage, Einzelzimmer. Kontakt unter [andrea@brueckler-wagner.at](mailto:andrea@brueckler-wagner.at) oder Tel. 0664/4609501


**Einfamilienhaus in Westungarn zu verkaufen.** Wohnfläche 100 m<sup>2</sup>, 3 Zimmer, Küche, Vorzimmer, Bad, WC, teilweise unterkellert, Grundfläche ca. 6.000 m<sup>2</sup>. VB 55.000 Euro. Tel. 0316/91 13 94

Wir (3-Personen-Haushalt) suchen dringend eine **3 Zimmer-Wohnung** in Graz mit Küche und Bad (südliches rechtes Murofer) maximale Miete € 500,-. Tel. 0664/47 78 993 (nach 18 Uhr)

**Suche Arbeit** als Fahrer oder Kellner mit Berufserfahrung, Tel: 0664/ 94 07 379

Funktionstüchtiger **Heizofen** (Öl) zu verkaufen: Tel. 0316/ 69 83 25 bitte nur tagsüber

**RED:OUT**, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Partei-gruppe der KPÖ, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!



[www.linkewoche.at](http://www.linkewoche.at)



**Straßenzeitung**

Der uHuDLA, Österreichs älteste und rebellischste Straßenzeitung berichtet ausführlich. Bestellungen, insbesondere von Exemplaren zum Weiterverkauf unter

**Tel. 0650 331 71 30**



**JETZT AKTIV WERDEN!**  
"Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt", sagen wir von der Kommunistischen Jugend. Verändern können wir aber nur gemeinsam etwas: Ohne dich sind wir also eine/r zu wenig!



Mit Infos, Kontakt und Mitsprache: [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at) **Kjü** MACH DEINE KRAFT ZU WIDERSTAND!

[www.weizsolar.at](http://www.weizsolar.at)

Photovoltaik Workshop



**Tel. 0664 4940949**

**PHOTOVOLTAIK WORKSHOPS**  
finden jeweils am

letzten Samstag im Monat (von Februar bis November) von 09:00 bis 17:00 Uhr im Weizer Energie-Innovations-Zentrum, Franz Pichlerstraße 32, statt.

**Manufaktur und Workshop:**  
Franz Pichlerstraße 32, 8160 Weiz

Einladung: 25. April – Lesung von Gerhard Balluch in Feldbach

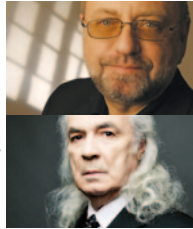
## Gerhard Balluch liest Richard Zach:

„Er hat am Ende doch gesiegt“



Das Leben von Richard Zach war kurz. Zur Zeit der NS-Herrschaft entstand unter seiner Leitung in Graz und Umgebung ein weit verzweigtes Netz von Widerstandszellen. Ende 1941 wurde Zach verhaftet und im Jänner 1943 - noch nicht 24jährig - in Berlin hingerichtet. Wie in einem Schaffensfieber hat er in dieser kurzen Zeit Hunderte von Gedichten heimlich niedergeschrieben und auf Umwegen in Sicherheit gebracht.

Lesung und Vortrag von Gerhard Balluch und Gerhard Dienes.



Donnerstag, 25. April 2013, 19 Uhr

Lo Scoglio, Sigmund Freud Platz 1,  
8330 Feldbach Freier Eintritt!

# Wohnen muss leistbar werden

Handeln statt reden!

# 1. MAI 2013

## Demonstration

Mi. 1. Mai, 10.30h Graz. Treff: Südtirolerplatz – Eisernes Tor: Kundgebung

ab 13.00:

## Maifest

im Volkshaus Graz

Essen & Trinken  
Musik & Tanz

Lagergasse 98a. Bei jedem Wetter! Eintritt frei!



Stargast:  
**Sigi Maron**

und die Rocksteady Allstars

Schachturnier mit  
Karmen Mar – u16 bis 60+

# KPÖ

www.kpoe-steiermark.at



# MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



## Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten.

### Elke Kahr:

*Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.*

### Ernest Kaltenegger:

*Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.*

## Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Kontakt:  
0316/ 872 2152  
oder  
Rücksendekarte  
auf Seite 22  
nutzen!

<http://www.kpoe-steiermark.at/kpoe-mitglied-werden.phtml>